

[H I N T E R G R U N D]

Berlin, 25. Januar 2013

Deutsche Bank und Allianz spekulieren weiter mit Nahrungsmittel– Politik muss das Geschäft mit dem Hunger dringend regulieren!

Am 19. Januar 2013 hat die Deutsche Bank sieben „Fragen und Antworten zum Thema Investieren in Agrarrohstoffe“¹ auf ihre Webseite gestellt. Darin behauptet der Konzern, dass spekulative Geschäfte an den Agrar-Terminmärkten keine wesentlichen negativen Folgen haben, sondern im Gegenteil positive Wirkungen entfalten.

Die Allianz schließt sich dieser Argumentation an. Der Versicherungskonzern sei zu dem Schluss gekommen, dass seine Investitionen an den Agrarterminbörsen der Landwirtschaft und der Ernährungslage weltweit nutzen und nicht zum Hunger beitragen, so Allianz-Vorstandsmitglied Jay Ralph gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters.

Beide Finanzinstitute wollen auch in Zukunft entsprechende Finanzprodukte vermarkten. Oxfam kritisiert diese Entscheidungen. Der pauschale Verweis auf nicht näher genannte Literatur in den „Fragen und Antworten“ der Deutschen Bank ist fragwürdig. Zahlreiche Untersuchungen belegen, dass bestimmte spekulative Rohstoffderivate mit hoher Wahrscheinlichkeit eine negative Wirkung auf die Preisstabilität und das ordentliche Funktionieren der Agrar-Terminbörsen haben. Auch Expert/innen können diesen Zusammenhang untermauern:

- Der UN-Sonderberichtersteller für das Recht auf Nahrung, Olivier de Schutter, stellte fest: „Ein wesentlicher Anteil des Anstiegs der Preise und der Volatilität bei wichtigen Grundnahrungsmitteln in der Nahrungsmittelkrise 2007/2008 kann nur mit der Entstehung von Spekulationsblasen erklärt werden.“² 2008 waren die Deutsche Bank und die Allianz bereits im Geschäft.
- „Wir nehmen an, dass Indexfondsaktivitäten (...) eine Schlüsselrolle bei der Preisspitze von 2008 gespielt haben, (...) und wir fanden keine Belege, dass die steigende Nachfrage aus Schwellenländern einen Effekt auf die Weltmarktpreise hatte“. Baffes, Haniotis (2010).³
- „Die Indizien für die These, wonach die jüngsten starken Schwankungen der Rohstoffpreise durch die Finanzialisierung der Rohstoffmärkte aus dem Gleichgewicht geraten sind, sind glaubwürdig.“ UNCTAD (2009)⁴

¹ https://www.deutsche-bank.de/de/content/company/nachrichten_faq_agrarrohstoffe.htm

² Schutter, Olivier de (2010): Food commodities speculation and food price crises: Regulation to reduce the risks of financial volatility, UN Special Rapporteur on the Right to Food, Report, 20.10.2010, Genf.

³ Baffes, John (The World Bank) / Haniotis, Tassos (European Commission) (2010) : Placing the 2006/08 Commodities Boom into Perspective. World Bank Research Working Paper 5371.

⁴ United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) (2009): The global economic crisis: Systemic failures and multilateral remedies.

Hungerrisiko statt Risikovorsorge

Über die Frage, welche Folgen die Spekulation mit Nahrungsmitteln an den Finanzmärkten hat, gibt es keinen eindeutigen wissenschaftlichen Konsens. Das räumt auch die Deutsche Bank ein. Doch wie geht man mit einer solchen Situation um? Die knappen „Fragen und Antworten“ legen die Vermutung nahe, dass das Unternehmen eine Auswahl von Untersuchungen zusammengetragen und festgestellt hat, dass diejenigen, die zu mehr Vorsicht mahnen, in der Minderheit sind. Mit diesen scheint man sich dann nicht weiter beschäftigt zu haben.

Angebracht wäre jedoch eine gründliche inhaltliche Auseinandersetzung. Davon ist in den „Fragen und Antworten“ nichts zu bemerken. Zwar ist die Beweislage nicht eindeutig, die Aussage der Deutschen Bank, es gäbe kaum stichhaltige empirische Belege, ist jedoch angesichts der Fülle an wissenschaftlicher und grauer Literatur zum Thema schlicht falsch.⁵

Es ist schlüssig belegt, dass bestimmte Finanzprodukte höchstwahrscheinlich zu stärker schwankenden Nahrungsmittelpreisen und folglich zum Hunger in der Welt beitragen. Deshalb gebietet das Vorsorgeprinzip⁶ politisches Eingreifen. Genau an diesem Prinzip orientieren sich Oxfams Forderungen nach einer effektiven und präventiven Regulierung der Agrar-Terminmärkte.

Dass 870 Millionen Menschen auf diesem Planeten hungern, hat zahlreiche Gründe. Dazu gehören u.a. Missernten, die Folgen des Klimawandels, die Förderung von Biokraftstoffen, Bürgerkriege und mangelnder Zugang zu Wasser und Land. Nicht all diese Faktoren lassen sich durch das Verhalten der Einwohner/innen von Industrienationen rasch beeinflussen. Aber die exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln ließe sich eindämmen.

Dies bedeutet kein generelles Verbot. Ausreichend wäre ein gesetzlicher Rahmen zur Einschränkung und Reduzierung des Handels mit bestimmten Finanzprodukten: denjenigen, die erwiesenermaßen oder mit hoher Wahrscheinlichkeit eine schädliche Wirkung auf Nahrungsmittelpreise und das Funktionieren der Märkte haben.

Bei der Allianz sticht die Kluft zwischen Worten und Taten ins Auge. Nach eigener Aussage ist der Global Compact der Vereinten Nationen „das Referenzsystem, an dem wir messen, wie wir unsere unternehmerische Verantwortung wahrnehmen“. Am Global Compact teilnehmende Unternehmen bekennen sich unter anderem dazu, den Schutz der international geltenden Menschenrechte zu fördern und zu achten.

Wenn Menschen infolge künstlicher Preissprünge hungern, wird ihr fundamentales Recht auf Nahrung verletzt. Indem die Allianz die Risiken ihrer Rohstoffanlageprodukte herunterspielt und ihre Geschäfte uneingeschränkt fortsetzt, handelt sie zudem gegen das Vorsorgeprinzip, welches ebenfalls im Global Compact verankert ist.

⁵ Siehe für eine Literaturübersicht Markus Henn (Weed) (2012): Evidence on the Negative Impact of Commodity Speculation by Academics, Analysts and Public Institutions: http://www2.weed-online.org/uploads/evidence_on_impact_of_commodity_speculation.pdf

⁶ Das Vorsorgeprinzip besagt, dass im Falle eines hohen Risikos für Mensch und Umwelt präventive Maßnahmen zur Minimierung dieses Risikos unternommen werden sollten, auch wenn es keinen eindeutigen wissenschaftlichen Konsens in dieser Frage gibt.

Erst angekündigt, dann verschwunden: die Studie der Deutschen Bank

Ende 2011 reagierte der damalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Josef Ackermann, auf die öffentliche Diskussion um die Folgen exzessiver Spekulation mit Nahrungsmitteln. Nichtregierungsorganisationen (NGOs), insbesondere foodwatch, hatten Transparenz und einer besseren Regulierung von Agrarterminmärkten gefordert. Ackermann kündigte eine gründliche Untersuchung der Vorwürfe an, die Deutsche Bank trage durch ihre Beteiligung an bestimmten spekulativen Geschäften eine Mitverantwortung für stärker schwankende Nahrungsmittelpreise.

Im Januar 2012 erklärte die Bank, sie wolle in den kommenden Monaten eine „umfassende Studie zum Thema Handel mit Agrarrohstoffen und Hunger“ erarbeiten und die Erkenntnisse daraus mit „internationalen Experten, Wissenschaftlern und NGOs diskutieren“.⁷

Mehr als ein Jahr später, am 19. Januar 2013, hat die Deutsche Bank lediglich die bereits erwähnten sieben „Fragen und Antworten zum Thema Investieren in Agrarrohstoffe“ auf ihre Homepage gestellt. In den Antworten finden sich viele Behauptungen. Es gibt jedoch keine Belege, Verweise oder neue Fakten, die eine intensive und fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema erkennen ließen. Auf telefonische Nachfrage bei der Pressestelle erklärte der Konzern, man habe nicht vor, tiefergehende oder umfassende Dokumente zu veröffentlichen.

Offensichtlich hat die Deutsche Bank entweder keine gründliche Untersuchung vorgenommen oder ist nicht bereit, die Ergebnisse einer solchen Studie zu veröffentlichen. Auch vom angekündigten Vorhaben, eine Diskussion zu starten, hat das Unternehmen anscheinend Abstand genommen.

Bei der Allianz hatte Oxfam im März 2012 um eine ausführliche Stellungnahme zur Beteiligung an Spekulationsgeschäften mit Agrarrohstoffen gebeten. Gespräche mit dem Konzern auf Führungsebene im Sommer 2012 blieben leider ohne Ergebnis. Auch hier keine Bewegung.

Ein veraltetes Bild der Terminmärkte

In den „Fragen und Antworten“ behauptet die Deutsche Bank, Agrar-Terminmärkte hätten drei potenziell positive Wirkungen:

- Absicherung gegen zukünftige Preisänderungen für Produzenten und Verarbeiter,
- Lieferung robuster Preissignale,
- Landwirte erhalten Planungssicherheit für Investitionen.

Dies würde stimmen, hätte es in den vergangenen Jahren keine Veränderungen an den großen Agrar-Terminbörsen gegeben. Über viele Jahrzehnte hinweg, bis zum Anfang des Jahrtausends, erfüllten sie tatsächlich diese Funktionen. Produzenten und Verarbeiter waren

⁷ Siehe dazu den dokumentierten Schriftwechsel zwischen foodwatch und der Deutschen Bank: http://foodwatch.de/foodwatch/content/e10/e45260/e45750/e54529/e54537/20120125_Schriftwechsel-foodwatch-DeutscheBank_veroeffentlicht_ger.pdf

zahlenmäßig in der Mehrheit und dominierten das Marktgeschehen. Spekulanten waren in der Minderzahl und hatten vor allem eine dienende Rolle, indem sie ein für die Abwicklung der Geschäfte notwendiges Maß an Liquidität bereitstellten.

Infolge weitgehender Markt deregulierung hat sich dieses Verhältnis jedoch inzwischen ins Gegenteil verkehrt. Allein zwischen 1998 und 2008 stieg das Anlagevolumen in Rohstoff-Indexfonds (darunter Nahrungsmittel) von drei auf 174 Milliarden US-Dollar. Mehr als zwei Drittel der Weizenkontrakte an der Chicagoer Getreidebörse werden inzwischen von Spekulanten gehalten.

Akteure, die sich gegen Preisschwankungen absichern wollen, sind heute an vielen Handelsplätzen in der Minderheit; ein großer Teil des Handels wird zwischen Spekulanten abgewickelt. Dies ist besonders problematisch, weil immer mehr Spekulanten ihre Geschäfte nicht mehr von fundamentalen Marktdaten (Ernteprognosen, Verbrauchsschätzungen und -Trends, Informationen über Lagerhaltung usw.), sondern von anderen Faktoren bestimmen lassen.

So versuchen beispielsweise viele algorithmische Handelssysteme, die besonders bei Hedge-Fonds beliebt sind, lediglich kurze und kürzeste Preistrends auszunutzen (Hochfrequenzhandel). Investmentfonds, die in einen Index mehrerer Rohstoffe investieren, kaufen bestimmte Futures⁸, also börsengehandelte Termingeschäfte, aufgrund von Annahmen, die nicht unbedingt die künftige Preisentwicklung des jeweiligen Rohstoffs betreffen, sondern die Entwicklung des gesamten Rohstoffmarkts.

Infolge dieser Entwicklung korrelieren die Preise unterschiedlicher Rohstoffe inzwischen deutlich stärker. Spezifische Geschehnisse bei einzelnen Rohstoffen spielen eine viel geringere Rolle. Die Preissignale der Finanzmärkte haben also immer weniger mit dem Geschehen auf den realen Märkten zu tun.

Unternehmensinteressen: wichtiger als Menschenrechte?

Sowohl in den USA als auch in der EU wird derzeit über die Einführung von Positionslimits diskutiert, ausgelöst durch die Fehlentwicklungen auf den Terminmärkten in den letzten Jahren. So schreibt Ann Berg, ehemalige Weizenhändlerin und Direktorin am Chicagoer Board of Trade: „(...) über 150 Jahre Geschichte im Handel mit Futures zeigen, dass Positionslimits bei endlichen Ressourcen notwendig sind, um exzessive Spekulation und Hortung einzudämmen.“⁹

In den Augen der Deutschen Bank würden diese Obergrenzen „die Fähigkeit der Banken einschränken, auf die Bedürfnisse ihrer Kunden zugeschnittene Geschäfte anzubieten“. Solche Positionsgrenzen seien daher „kritisch zu sehen“. Auch das Allianz Asset Management erklärte gegenüber Oxfam, man halte „willkürliche Handlungen“ bezüglich einer Beschränkung der Marktbeteiligung nicht für förderlich. Angesichts der Probleme von

⁸ Futures sind börsengehandelte Termingeschäfte, wie sie an den Rohstoffbörsen getätigt werden.

⁹ FAO (2010): Agricultural Futures: Strengthening market signals for global price discovery. Extraordinary Joint Intersessional Meeting of the Intergovernmental Group (IGG) on Grains and the Intergovernmental Group on Rice, 24.09.2010, Rom.

Menschen in armen Ländern, die sich ihr Essen nicht mehr leisten können, sollten die Interessen der Kunden beider Konzerne allerdings erst an zweiter Stelle kommen.

Auch ist die Kritik an Positionslimits unbegründet. Tatsächlich würden diese bestimmte Geschäfte einschränken. Doch sie sind keineswegs ein neues Instrument. Vielmehr waren die Terminmärkte in den USA über viele Jahrzehnte mittels Positionslimits für einzelne Händler reguliert, ohne dass dies erkennbare Probleme für das ordentliche Funktionieren der Märkte dargestellt hätte.

Erst seit der Jahrtausendwende wurden diese Positionslimits aufgeweicht und durch umfangreiche Ausnahmen ausgehöhlt – mit der Folge, dass bestimmte Spekulanten die Märkte dominieren konnten. Heute geht es um die Korrektur dieser Fehlentwicklung. Auch mit Positionslimits könnten Banken und Finanzdienstleister ihren Kunden verschiedenste Geschäfte anbieten – nur eben nicht in einem Umfang, der das Verhältnis der Akteure an den Märkten aus dem Gleichgewicht bringt.

Die Deutsche Bank hat in den vergangenen Jahren von der Deregulierung der Warenterminmärkte profitiert und kontrolliert einen substantiellen Teil der neuen Spekulationsgeschäfte. Sie tritt dabei als Hausbank, Berater, Analyst und Broker für Hedger und Spekulanten, als Clearingstelle und Fondanbieter auf. Vor diesem Hintergrund ist nachvollziehbar, dass sich das Unternehmen gegen die Einschränkung seiner Spekulationsgeschäfte wehrt – notfalls mit unbelegten Behauptungen.

Auch die Allianz hat viel zu verlieren. Geschätzte 6,24 Milliarden Euro Fondsvermögen ihrer Investmentkunden legte sie im Jahr 2011 direkt oder indirekt in Agrarrohstoffen an. Zum Vergleich: Deutsche Finanzinstitute investierten 2011 insgesamt 11,39 Milliarden Euro in Agrarrohstoffe. Das ist etwa ein Sechstel des weltweiten Anlagevermögens in diesem Bereich.

Eine verantwortungsvolle Politik darf sich nicht durch die Interessen einzelner Unternehmen beeinflussen lassen. Oxfam fordert die Bundesregierung, die EU und die G-20-Staaten auf, mit effektiven Gesetzen und starken Aufsichtsbehörden gegen Exzesse auf den Agrar-Terminmärkten sowohl präventiv als auch reaktiv vorzugehen. So könnten diese Märkte auch ihre Kernfunktionen der Absicherung und Preisfindung wieder ordentlich erfüllen.

David Hachfeld, Oxfam Deutschland